

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Die deutschen Vorschläge für die WWU

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1991) : Die deutschen Vorschläge für die WWU, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 3, pp. 108-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136731>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nach mehreren anderen Regierungen und der EG-Kommission hat nun auch die Bundesregierung ihr Konzept zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) im Zusammenhang dargelegt. Vermutlich ist es von Vorteil, daß das deutsche Papier etwas später kam; so konnten die Positionen der Partner entweder aufgegriffen und weiter konkretisiert werden oder es ließen sich – mitunter deutlich – abweichende Akzente setzen.

Bezüglich der Wirtschaftsunion soll der EWG-Vertrag um einige ordnungspolitische Grundaussagen angereichert werden. Als institutionelle Innovation wird ein Europäisches Kartellamt gefordert. Die kurzfristige Wirtschaftspolitik bleibt nach Auffassung der Bundesregierung weiterhin in der Kompetenz der Mitgliedstaaten. An dem praktischen Nutzen der vorgeschlagenen „multilateralen Überwachung“ mag man dabei Zweifel haben. Bemerkenswert ist hingegen, daß das schon im Delors-Bericht formulierte Postulat nach Begrenzung der staatlichen Budgetdefizite durch operationale Kriterien ausgefüllt wird und konkrete gemeinschaftliche Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Haushaltsdisziplin (Aussetzung von Finanzzuwendungen) genannt werden.

Im Bereich der Währungspolitik gehen die deutschen Vorschläge davon aus, daß das Statut des Europäischen Zentralbanksystems (EZBS) dem revidierten E(W)G-Vertrag als Protokoll beigelegt wird. Bezüglich der konstitutiven Merkmale des EZBS beschränkt sich das deutsche Papier daher auf das Nötigste. Der Übergang in die zweite Stufe der WWU am 1. Januar 1994 soll nicht automatisch erfolgen. Vielmehr müssen eine Reihe formeller und materieller Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu gehören unter anderem die „Vollendung des Binnenmarktes“; die Einleitung der innerstaatlichen Prozesse dafür, daß die nationalen Zentralbanken beim Eintritt in



Hans-Eckart Scharrer

Die deutschen Vorschläge für die WWU

die dritte Stufe „integrale Bestandteile“ des unabhängigen EZBS werden können (das gilt auch für die Bundesbank!); der Ausschluß der Finanzierung von Haushaltsdefiziten durch die Notenbanken; „genügende und dauerhafte“ Fortschritte bei der Konvergenz; und ein entsprechender (einstimmiger?) Beschluß des Finanzministerrates.

Die zweite Stufe selbst ist nach Auffassung der Bundesregierung durch Merkmale gekennzeichnet, die nicht unbedingt den Vorstellungen der Kommission oder anderer Mitgliedstaaten entsprechen. Institutionell soll ein Rat der Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedstaaten geschaffen werden. Die Errichtung des EZBS bleibt der Endstufe vorbehalten. Dafür gibt es ein gutes Argument: Als Zentralbank „auf Vorrat“, d.h. zunächst ohne geldpolitische Kompetenzen, müßte das EZBS Vertrauen verspielen, auf das es nach Eintritt in die Endstufe zur Führung einer stabilitätsorientierten Geldpolitik dringend angewiesen ist. Die ECU darf in der zweiten Stufe nicht mehr abgewertet werden. Allerdings soll sie nicht – wie nach dem britischen Vorschlag – zu einer eigenständigen dreizehnten Währung

erhoben, zur Steuerung ihres Wechselkurses keine neue Institution („Europäischer Währungsfonds“) geschaffen werden. Ebenfalls in der zweiten Stufe müssen die Mitgliedstaaten ihre Staatsdefizite auf den Umfang ihrer Investitionen zurückführen.

Die Hürden für den Übergang in die Endstufe sind hoch. Die Mitgliedstaaten müssen ihre nationalen Rechtsvorschriften dem geänderten EWG-Vertrag angepaßt haben, die ökonomische und wirtschaftspolitische Konvergenz muß „dauerhaft gesichert“ sein. Nur wenn der Europäische Rat einstimmig feststellt, daß die Voraussetzungen für eine Mehrheit der Mitgliedstaaten erfüllt sind, entscheidet er wiederum einstimmig über den Zeitpunkt des Eintritts in die Endstufe. Ob unter diesen Bedingungen die WWU jemals erreicht wird? Möglich ist es. Der deutsche Vorschlag sieht vor, daß nicht alle Mitgliedstaaten von Anfang an am EZBS teilnehmen müssen.

Was die externe Währungspolitik betrifft, so soll der ECOFIN-Rat einstimmig über das Wechselkursregime der Gemeinschaft sowie über die Festsetzung, Änderung oder Aufhebung von Leitkursen entscheiden; er muß dabei das Ziel der Geldwertstabilität beachten. Interventionen gegenüber Drittwährungen sind in das Ermessen der EZBS gestellt. Das Risiko, daß eine stabilitätsorientierte Geldpolitik des EZBS vom Finanzministerrat über den Wechselkurs ausgehebelt werden kann, wird damit minimiert.

Das deutsche Papier ist in vieler Hinsicht unbequem, aber nicht sachfremd. Zu wünschen ist, daß die Partnerländer insbesondere das Konzept einer unabhängigen Zentralbank schließlich aus Überzeugung akzeptieren. Dann freilich ist auch die Bundesregierung gefordert: sie wird Farbe bekennen müssen, ob es ihr mit den Bedingungen für eine WWU ernst ist oder ob sie in Wirklichkeit nur Vorwände gegen eine WWU formuliert hat.